

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. Einzelnummern 15 Pf. Nachnahme und Vorkasse werden nicht angenommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8 Spaltenreize 20 Rpf., die 4 Spaltenreize der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. Die 2 Spaltenreize im täglichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Rpf. Die 1 Spaltenreize im täglichen Teil 1 RM. Die 1 Spaltenreize im täglichen Teil 1 RM. Die 1 Spaltenreize im täglichen Teil 1 RM.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 264 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkfst.: Dresden 2640

Mittwoch, den 12. November 1930

## Preisabbau als Vorleistung.

Man hatte als Konsument gehört und gelesen, daß beim Erzeuger teils freiwillig, teils mehr oder weniger sanftem behördlichen Druck nachgebend, die Preise für eine ganze Reihe von Gütern und Waren gesenkt worden waren, nur stiegen die Verbraucherpreise immer und überall: „Wir merken nichts davon!“ Davon nämlich, daß sich die Preisermäßigung beim Erzeuger nun auch auswirkt bis hinunter zum letzten Verbraucher. Entscheidend ist dabei, daß beim Gesamtumsatz des Einzelhandels es sich auf der einen Seite um den „starren“ Bedarf handelt — Lebensmittel, Kohlen usw. —, andererseits um den „elastischen“, der Bekleidung, der Genussmittel u. a. In Zeiten einer Wirtschaftskrise tritt aber hauptsächlich beim elastischen Bedarf ein freiwilliger oder sehr unwilliger Rückgang des Konsums ein, während an Lebensmitteln nur wenig „gespart“ werden kann. Behördliche Zwangsmaßnahmen, die auf Grund der Notverordnung, um die Preise herunterzudrücken, sind aber beim Handel mit Lebensmitteln nicht möglich, denn Preisbindungen irgendwelcher Art bestehen hier nicht. Weil es sich dabei jedoch um einen „starren“ Bedarf handelt, dessen Befriedigung unablässig, zwangsmäßig ist, wird ein Festbleiben der Preise, selbst eine nur sehr zögernde Preisentwertung, überaus deutlich und schmerzhaft empfunden. Es war immerhin ein Anfang, daß wenigstens zunächst eine Ermäßigung der Kohlenpreise durchgeführt werden konnte.

Der Verbraucher weiß aber auch, daß gerade der Erzeuger von Lebensmitteln seinerseits wieder nicht etwa überhöhte Preise erzielt, sondern daß seine Erzeugnisse zum Teil unter dem Vorkriegspreis bezahlt werden, während der Verbraucher selbst um etwa 40 bis 50 Prozent mehr als damals für die Deckung seines Lebensmittelbedarfs ausgeben muß. Der Verbraucher hörte z. B. von einer geradezu „katastrophalen“ Kartoffelernte. „Katastrophal“, weil sie so groß gewesen sei wie seit vielen Jahren nicht, — und verspürt trotzdem nur wenig von einem entsprechenden Rückgang des Preises, den er selbst zu bezahlen hat. Beim Brot, beim Fleisch ist es ähnlich. So ist denn, in Fortsetzung der behördlichen Preisabbauaktion auf dem Gebiete des „starren“ Bedarfs, durch Besprechungen des Reichsernährungsministers Schiele mit den Fleischern, dem Vädergewerbe und dem Milchhandel eine Preisberücksichtigung durch Verringerung der „Handelsspanne“ erreicht worden; dabei wurde aber ausdrücklich der Charakter dieser Preisentwertung als eine „Vorleistung“ unterstrichen, d. h. es wurde verlangt, daß die von der Reichsregierung auf der ganzen Linie angeordneten Abnahmemaßnahmen sich schnellstens auswirken werden und die Läden und insbesondere die Gemeinden auf keinen Fall die hohen Lasten und Abgaben beibehalten, sondern sie im Gegenteil erheblich herabsetzen.

Gewiß sind es nur Pfennige, um die sich der Preis für das Brot, für das Pfund Fleisch, für die Milch usw. erniedrigt, und keineswegs sind hier sofort auch alle wichtigsten Lebensmittel des Massenbedarfs in Angriff genommen worden. Außerdem beziehen sich die Abmachungen vorläufig teilweise nur auf Berlin. Aber es ist auch durchgeführt worden, daß in Norddeutschland, wie es im Süden schon geschieht, das Brot künftig nach festem Gewicht, aber zu gleichem Preis — entsprechend denen des Getreides — verkauft werden soll; das ist übrigens im „Brotgesetz“ bereits bestimmt. Und die Verbraucher müssen werden diese Vereinbarungen auch nur als einen Anfang betrachten.

Von einem etwas übersichtlicheren Standpunkt aus wird man nun aber vor allem sagen können, daß ganz allgemein die Preisabbau-Aktion doch nicht mehr so ganz als ein nur rasch vorübergehender, erfolglos bleibender Versuch einer umfassenden Preisermäßigung betrachtet werden darf, sondern eine starke, zwingende „Tendenz“ ist, die übrigens nur dem rasend schnellen Sinken der Weltmarktpreise für Rohstoffe und auch schon für Fabrikate entspricht. Nirgends mehr hat es Zweck, am Preise unbedingt festzuhalten, nur weil sich die Inflation der Ware noch auf dem Einstandspreise, den der Erzeuger oder der Handel hat bezahlen müssen, aufbaut. Das geht nicht mehr. Verluste sind unvermeidlich geworden und werden es bleiben; der Wiederbeschaffungspreis gewinnt immer mehr an Bedeutung, — und der hat eben seit Monaten die Tendenz nach unten, — und der immer stärker werdenden Druck auf die Verkaufspreise aus. Mit einer nur „vorübergehenden“ Erscheinung, die man mittels „Durchhalten“ überwinden könnte, ist nicht mehr zu rechnen. Wenn aber alles „abbauen“ muß, dann darf auch — darin hat nicht bloß der Handel recht — der Preis nicht ebenso hoch bleiben oder gar noch steigen, den das Reich, Staat und Gemeinde für die Verwaltung bezahlen lassen.

## Kotenernung im Zeichen der Aufrüstung.

„Do X“ respektiert die englische Waffenstillstandsfeier. Unter großer Beteiligung der Bevölkerung fanden in ganz England und in den Dominica Feiern anläßlich der Wiederkehr des Waffenstillstandestages statt. Dem internationalen Höflichkeitssbrauch folgend, nahm hieran auch die „Do X“ in Calshot teil, indem sie die Klage ausstaltete.

## Zum Gedächtnis der Kriegesgefallenen

### Keine Verkürzung der Dienstzeit in Genf.

Widerspruch des deutschen Vertreters. Die Genfer Abrüstungsverhandlungen brachten eine Auseinandersetzung zwischen den Militärstaaten darüber, ob es in einem künftigen Abrüstungsabkommen jedem einzelnen Staat selbst überlassen bleiben soll, die Gesamtdienstdauer in Heer, Marine und Luftarmee festzulegen oder ob durch das Abkommen für die Länder mit allgemeiner Wehrpflicht eine Höchstgrenze vorgeschrieben werden soll.

Polen, Rumänien und Engländer waren für, Franzosen, Belgier und Jugoslawen gegen die Festlegung einer allgemeinen Höchstdienstdauer. Frankreich lehnte eine allgemeine Begrenzung ab, weil es bei seinen Kolonialtruppen die Dienstzeit auf drei und vier Jahre erhöht und außerdem im Mutterlande beabsichtigt, vom Jahre 1933 an seine Dienstzeit wieder auf 18 Monate oder zwei Jahre heranzuführen, um zwei oder drei Jahrgänge unter den Waffen halten zu können.

Der Ausschuss entschloß sich gegen die Stimme des deutschen Grafen Bernstorff dahin, jedem Staate selbst die Festlegung seiner Dienstzeit zu überlassen, jedoch mit der Einschränkung, daß diese Dienstzeit nicht eine gewisse Höchstgrenze überschreiten dürfe, die auf der Abrüstungskonferenz festgelegt werden soll.

### Waffenstillstandsfeier.

Der Vorsitzende des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses unterbrach am Dienstag um 11 Uhr die Verhandlungen und erklärte:

„Es ist heute der 11. November und 11 Uhr. Zu Ehren und zum Gedächtnis aller Toten des Weltkrieges bitte ich Sie, sich zu erheben und eine Minute andächtigen Schweigens den Toten zu widmen.“

Die Teilnehmer kamen dieser Aufforderung nach. Die Anregung hierzu war von Vertretern der angelsächsischen Länder ausgegangen, wo am 11. November bekanntlich zur Erinnerung an die Beendigung des Weltkrieges und zum Gedächtnis der Toten kurze Gedächtnisfeiern in Form einer Verwehrruhe und einer Schweigeminute stattfinden.

Die deutschen, türkischen und bulgarischen Vertreter in der Kommission haben bereits am Vortage den Vorsitzenden London darauf aufmerksam gemacht, daß sie an einem solchen Gedächtnisakt nur teilnehmen würden, wenn er ausschließlich den Charakter einer Erinnerung an die Toten des Weltkrieges habe und wenn aus diesem Anlaß keine Reden gehalten würden. Dieser Forderung hat der Präsident entsprochen und in seiner kurzen Erklärung das Wort „Waffenstillstand“ weggelassen.

## Das Kriegsmaterial soll vermindert werden.

Die Abrüstungsaussprache in Genf.

Die Neuaufrüstung der Kriegsmaterialfrage im Genfer Abrüstungsausschuss führte zu außerordentlich bedeutungsvollen Erklärungen der Vertreter Italiens, Englands, Amerikas und Deutschlands. Die italienische Regierung stellte zunächst durch den General de Marinis die Forderung auf direkte weitgehende Herabsetzung des gesamten Kriegsmaterials. Ferner tritt sie für den

## Die Sitzung des Reichskabinetts.

Steuervereinfachungsgesetz verabschiedet. Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Dienstagabend-Sitzung den Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes, das dem Reichstrat unverzüglich zugehen wird.

## Der Streit Thüringens mit dem Reich.

Disziplinarverfahren und Hausdurchsuchungen. In der Streitsache Thüringens gegen das Reich wegen der Sperrung der Polizeizuschüsse erklärt jetzt die Thüringer Regierung, daß nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis des Staatsgerichtshofes die Haltlosigkeit der Anklagen des Reichsinnenministers offensichtlich sei. Der Reichsinnenminister sei einem in der Thüringer Polizei bestehenden Spigel- und Denunziantentum trübster Art zum Opfer gefallen. Zum Beweis für diese Auffassung veröffentlicht die Thüringer Regierung den Inhalt eines Briefes des Reichsbannergeschäftsführers Dr. Diezel, Weimar. Der als Zuträger verwendete Obersekretär sei sofort seines Amtes entbunden worden.

Weiter hat der mit der Voruntersuchung gegen den Obersekretär beauftragte Richter in den Räumen des Reichsbanners Weimar eine Hausdurchsuchung gehalten, über deren Ergebnis noch Stillschweigen bewahrt wird.

Antrag der englischen Regierung ein, einen ständigen Kontrollausschuss beim Völkerbund zur Überwachung der Durchführung des künftigen Abrüstungsabkommens zu schaffen.

In einer großen Rede erklärte sodann Lord Cecil, daß die Herabsetzung der Rüstungen einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung bedeuten könne. Er zweifelte aber daran, ob die direkte Erfassung des Kriegsmaterials wirklich durchführbar sei. Ihm erscheine am zweckmäßigsten eine Herabsetzung der Rüstungen durch eine Beschränkung der Seereschiffahrt.

Sodann gab der amerikanische Vorkämpfer Gibson die Erklärung ab, die amerikanische Regierung trete nach wie vor für die gerechte Herabsetzung des Kriegsmaterials ein. Graf Bernstorff gab sodann seinerseits eine Erklärung ab, in der er zunächst feststellte, daß in der Vereinbarung zwischen den fünf Seemächten

der neue deutsche Kreuzer „Ersaj Preußen“ unter der Kategorie der Kreuzer aufgeführt würde, während es sich tatsächlich um ein Linienschiff handelte.

Die Deutschland durch den Versailler Vertrag mit Gewalt auferlegte Entwaffnung sei auf der direkten Methode aufgebaut, ebenso sei Deutschland eine Vereinfachung der allgemeinen Dienstpflicht auferlegt worden. Ein gleiches System der allgemeinen Abrüstung könnte und müßte daher auch sämtlichen übrigen Mächten auferlegt werden.

Zum Schluß wies der Präsident des Ausschusses London darauf hin, daß der englische Antrag eine weitgehende Überlassung gewesen sei und eine neue Lage geschaffen habe, weshalb er die Aussprache vertage.

## Hoover über den Weltfrieden.

Anläßlich des Waffenstillstandstages hielt der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, vor einer Versammlung des Weltbundes für internationale Freundschaft in Washington eine Rede, der angehörend der Genfer Abrüstungsberatungen besondere Bedeutung zukommt.

Wenn man der Opfer des Weltkrieges gedenke, so führte Hoover aus, dann müßten die Lebenden immer wieder nach neuen weitreichenden Möglichkeiten zur Sicherung des Friedens suchen. Wenn auch der Ausblick derzeit vielleicht ermutigender sei als vor fünfzig Jahren, so dürfe doch nicht übersehen werden, daß die Völker in Wirklichkeit ständig im Streit miteinander lebten. Hoover rief den Kellogg-Pakt als ein machtvolles Friedensinstrument. Dieser Pakt werde eines Tages in einer Weise erweitert werden, daß zum mindesten die Mobilisierung der Weltmeinung gegen verratenswürdige Völker gewährleistet sei. Im weiteren Verlauf seiner Rede verteidigte der Präsident atabam seine vorjährige Anregung die

### Lebensmitteltransporte

in Kriegszeiten sicherzustellen. Als eine Nation deren Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit aus Arica geboren sei, könne Amerika nicht behaupten, daß niemals ein gerechter Grund für Kriege gegeben sei oder sein werde. Seit der Erfahrung des Weltkrieges könne niemand die Gefahren leugnen, die durch Kriege an Amerika's Schiffe getragen werden könnten. Daher sei Amerika am Frieden in aller Welt interessiert. Die amerikanische Regierung werde, ohne vorher den Charakter ihrer Maßnahmen verbindlich festzulegen, vermittelnd die Hilfe anbieten, falls die Völker ihrer Verpflichtung, ausgebrochene Streitigkeiten friedlich zu regeln, nicht nachkommen sollten. Amerika werde ohne Gewalt von der Möglichkeit Gebrauch machen, durch freundschaftliche Vermittlung für die Erhaltung des Weltfriedens zu arbeiten.

## Brutaler Kampf gegen die deutschen Zeitungen in Oberschlesien.

Kattowitz, 12. November. Die angekündigten Maßnahmen der Aufständischen gegenüber der deutschen Presse, die das einzige Bindeglied der deutschen Minderheit in Oberschlesien darstellt, nachdem die Deutschen nicht mehr wagen dürfen, Wahlversammlungen abzuhalten, werden seit Beginn der Mobilisation des Aufständischenverbandes in brutaler Weise durchgeführt. In Gruppen gegen die Aufständischen in Kattowitz von Katal zu Katal, zerrissen die dort aufliegenden deutschen Zeitungen und Zeitschriften, belästigten die Gasse, die deutsche Zeitungen lasen, verprügelten die Verkäuferinnen der deutschen Zeitungen und überfielen schließlich die Zeitungsboten an den Straßenbahnhaltestellen und in den Zeitungskiosken. Nur heimlich durften deutsche Zeitungen zum Verkauf angeboten werden. In Pischow wurden einem Austräger des „Oberschlesischen Kurier“ nicht nur die Zeitungen entziffen und das Fahrrad zerrümmert, sondern er selbst wurde bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. In Laurabütte wurde ein Ehepaar, das eine deutsche Zeitung gekauft hatte, jämmerlich verprügelt und selbst das Kind, das mit den Eltern deutsch sprach, mit Fußtritten bearbeitet. Als Strafempfinden zur Hilfe kommen wollten, wurden sie von den Strohdien ebenfalls angegriffen. In Königshütte wurde die große Schaufenstertheater der Geschäftsstelle des „Oberschlesischen Wanderer“ eingeschlagen. In Lipine wurden erneut deutsche Zeitungs-